



Juni 2015

---

## Integrierte Grenzverwaltung

### Jahresbericht 2014

---

**Von der Steuergruppe Grenze in erweiterter Form am 03.06.2015 verabschiedet**  
**Vom Bundesrat am 11.09.2015 zur Kenntnis genommen**  
**Von der KKJPD am 12.11.2015 zur Kenntnis genommen**

# Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>2</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>3</b>
<b>1. Ausgangslage .....</b>	<b>5</b>
<b>2. Monitoring .....</b>	<b>6</b>
<b>2.1 Zuständigkeit .....</b>	<b>6</b>
<b>2.2 Zeitplan für die Umsetzung .....</b>	<b>6</b>
<b>3. Umsetzungsstand .....</b>	<b>7</b>
<b>3.1 Realisierungseinheit 0 .....</b>	<b>8</b>
3.1.1 Stand der Umsetzung .....	8
3.1.2 Erläuterung zu einzelnen Massnahmen .....	15
<b>3.2 Realisierungseinheit 1 .....</b>	<b>16</b>
3.2.1 Stand der Umsetzung .....	16
3.2.2 Erläuterung zu einzelnen Massnahmen .....	21
<b>3.3 Realisierungseinheit 2 .....</b>	<b>21</b>
3.3.1 Stand der Umsetzung .....	21
3.3.2 Erläuterung zu einzelnen Massnahmen .....	25
<b>3.4 Realisierungseinheit 3 .....</b>	<b>25</b>
3.4.1 Stand der Umsetzung .....	25
3.4.2 Erläuterung zu einzelnen Massnahmen .....	27
<b>3.5 Fazit .....</b>	<b>27</b>
<b>4. Kommunikation .....</b>	<b>28</b>
<b>5. Ausblick .....</b>	<b>29</b>

# Abkürzungsverzeichnis

ALO	Airline Liaison Officer – Dokumentenberater
AP	Aktionsplan
API	Advance Passenger Information (elektronisches System, mit dem Daten von Passagieren unmittelbar nach dem Check-in durch die Beförderungsunternehmen an die Behörden übermittelt werden)
Art.	Artikel
ASTRA	Bundesamt für Strassen im → UVEK
AuG	Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (→ <a href="#">SR 142.20</a> )
BBL	Bundesamt für Bauten und Logistik im → EFD
BE	Kanton Bern
BFM	Bundesamt für Migration im → EJPD (seit 2015 → SEM)
BFS	Bundesamt für Statistik im → EDI
BJ	Bundesamt für Justiz im → EJPD
bzw.	beziehungsweise
CC Web	Kompetenzzentrum Web des → GS-EJPD
CS-VIS	zentrales, europäisches Visumsystem
DEA	Direktion für europäische Angelegenheiten im → EDA
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit im → EDA
DR	Direktion für Ressourcen im → EDA
DV	Direktion für Völkerrecht im → EDA
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EDÖB	Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EFTA	European Free Trade Association – Europäische Freihandelsassoziation
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMF	Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei der Stadt Bern
EMN	European Migration Network (Netzwerk, welches die Unterstützung von politischen Entscheidungsprozessen in den Bereichen "Asyl" und "Migration" auf europäischer Ebene zum Ziel hat)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EVZ	Empfangs- und Verfahrenszentren des → SEM
EZV	Eidgenössische Zollverwaltung im → EFD
fedpol	Bundesamt für Polizei im → EJPD
GE	Kanton Genf
GR	Kanton Graubünden
GS-EJPD	Generalsekretariat des → EJPD
GWK	Grenzwachtkorps im → EFD
IBM	Integrated Border Management – Integrierte Grenzverwaltung
ILA	Integrales Lagebild Aussengrenze
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
IPAS	Informatisiertes Personennachweis-, Aktennachweis- und Verwaltungssystem im → fedpol
ISA	Informationssystem Ausweisschriften
ISC-EJPD	Informatik Service Center → EJPD
ISF	Internal Security Fund – Fonds für die innere Sicherheit
ISR	Informationssystem zur Ausstellung von schweizerischen Reisedokumenten und Bewilligungen zur Wiedereinreise an Ausländerinnen und Ausländer
IT	Informations- und Telekommunikationstechnologie
Kapo	Kantonspolizei
KD	Konsularische Direktion des → EDA

KdK	Konferenz der Kantonsregierungen
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
KKPKS	Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz
KSBS	Konferenz der Strafverfolgungsbehörden der Schweiz (seit 2014 → SSK)
LU	Kanton Luzern
MoU	Memorandum of Understanding
NAA (RE3)	Neuer Ausländerausweis Realisierungseinheit 3
NDB	Nachrichtendienst des Bundes im → VBS
OZD	Oberzolldirektion des → EFD
PA 19	Produktion Ausländerausweise ab 2019
PCN	Process Control Number (Nummer, die eindeutig mit einem im Rahmen von EURODAC abgenommenen Fingerabdruck verbunden ist)
PD	Politische Direktion des → EDA
RIPOL	Recherches informatisées de police (automatisiertes Fahndungssystem des Bundes)
RTP	Registered Traveller Program (System zur automatisierten Grenzkontrolle, das eine vorgängige Registrierung erfordert)
s.	siehe
S.	Seite
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft im → WBF
SEM	Staatssekretariat für Migration im → EJPD (bis 2014 → BFM)
SIRENE	Supplementary Information Request at the National Entry (in jedem Schengen-Mitgliedstaat bestehendes Büro zum Austausch von operativen polizeilichen Informationen im Zusammenhang mit dem → SIS zwischen den Mitgliedstaaten)
SIS	Schengen-Informationssystem
SO	Kanton Solothurn
SPI	Schweizerisches Polizei-Institut
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SSK	Schweizerische Staatsanwälte-Konferenz (bis 2014 → KSBS)
SVZW	Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen
u.a.	unter anderem
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
vgl.	vergleiche
VIS	Europäisches Visa-Informationssystem
VKM	Vereinigung der kantonalen Migrationsämter
VS	Kanton Wallis
VSAA	Verband Schweizerischer Arbeitsmarktbehörden
WBF	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
z. B.	zum Beispiel
ZEMIS	Zentrales Migrationsinformationssystem
ZH	Kanton Zürich
z. Hd.	zuhanden

# 1. Ausgangslage

Illegale Migration, gewerbsmässiger Menschenmuggel und grenzüberschreitende Kriminalität stellen die Behörden des Bundes und der Kantone vor grosse Herausforderungen. Es gilt, diese Phänomene effizient und effektiv zu bekämpfen und gleichzeitig die legale Migration zu erleichtern sowie die gesetzes- und menschenrechtskonforme Ausgestaltung der Grenzverwaltung sicherzustellen. Dies erfordert eine intensive Zusammenarbeit und Koordination zwischen Bund und Kantonen über die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche hinaus.

Im Februar 2011 setzte der Bundesrat deshalb eine verwaltungsinterne, interdepartementale Arbeitsgruppe mit Kantonsbeteiligung ein, und beauftragte sie mit der Ausarbeitung einer integrierten Grenzverwaltungsstrategie für die Schweiz. Diese umfasst alle relevanten Akteure auf Bundes- und Kantonsstufe und orientiert sich am IBM<sup>1</sup>-Konzept der EU, insb. den vier Filtern des Schengener Grenzsicherheitsmodells<sup>2</sup>.

Im Juni 2012 hat der Bundesrat den Schlussbericht der Strategieguppe „Integrierte Grenzverwaltung“ (IBM-Strategie)<sup>3</sup> zur Kenntnis genommen. Die Strategie bildet das Dach über allen Aktivitäten von Bund und Kantonen zur Bekämpfung der illegalen Migration, des gewerbsmässigen Menschenmuggels und der grenzüberschreitenden Kriminalität. Gleichzeitig sorgt sie dafür, dass legale Einreisen möglichst reibungslos erfolgen.

Zur Umsetzung der Strategie hat der Bundesrat eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, einen Aktionsplan mit konkreten Massnahmen auszuarbeiten. Der Aktionsplan „Integrierte Grenzverwaltung“ (IBM-Aktionsplan)<sup>4</sup> wurde im Juli 2014 vom Bundesrat und im November 2014 durch die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) zur Kenntnis genommen.

Mit seinen 68 operativen und strategischen Massnahmen stellt der IBM-Aktionsplan die Umsetzung der in der Strategie definierten Ziele sicher. Die Massnahmen reichen von punktuellen Verbesserungen bis hin zu weitreichenden Neuerungen und umfassen unter anderem die Optimierung der Verfahren auf Schweizer Auslandvertretungen sowie die verbesserte Kooperation im Schengen-Raum. Ein weiterer Fokus liegt auf den Grenzkontrollmassnahmen an den Flughäfen – den einzigen Schengen-Aussengrenzen der Schweiz. Auch Massnahmen im Binnenraum, insbesondere im Bereich des Vollzugs und der Bekämpfung des qualifizierten Menschenmuggels, sind Bestandteil des Aktionsplans. Weitere Schwerpunkte sind die Verbesserung des Informationsaustauschs und der Lageanalyse.

Die Kantone spielen in der integrierten Grenzverwaltung eine zentrale Rolle. Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Regierungsrat Hans-Jürg Käser haben deshalb am 13. November 2014 eine Rahmenvereinbarung zwischen dem EJPD und der KKJPD unterzeichnet, die das Bekenntnis von Bund und Kantonen zur gemeinsamen Umsetzung des IBM-Aktionsplans festhält.

Das EJPD hat den Auftrag, die Umsetzung der Massnahmen des Aktionsplans zu überwachen und dem Bundesrat und der KKJPD jährlich Bericht über den Umsetzungsstand zu erstatten.

---

<sup>1</sup> Integrated Border Management – Integrierte Grenzverwaltung

<sup>2</sup> Vgl. Kapitel 5 des Schlussberichts der Strategieguppe „Integrierte Grenzverwaltung“ (IBM-Strategie) [https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/einreise/ibm/schlussbericht-ibm\\_d.pdf](https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/einreise/ibm/schlussbericht-ibm_d.pdf)

<sup>3</sup> [https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/einreise/ibm/schlussbericht-ibm\\_d.pdf](https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/einreise/ibm/schlussbericht-ibm_d.pdf)

<sup>4</sup> [https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/einreise/ibm/aktionsplan-ibm\\_d.pdf](https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/einreise/ibm/aktionsplan-ibm_d.pdf)

## **2. Monitoring**

### **2.1 Zuständigkeit**

Um die Nachhaltigkeit der IBM-Strategie und des -Aktionsplans zu gewährleisten, wird deren Umsetzung laufend überwacht. Das Monitoring des Aktionsplans wird primär von der Abteilung Einreise des SEM wahrgenommen. Sie überwacht und dokumentiert insbesondere auch laufend den Stand der Umsetzungsarbeiten und bewertet die Fortschritte. Sie prüft, ob die zeitlichen Vorgaben betreffend Beginn und Laufzeit der Umsetzungsarbeiten eingehalten werden und mahnt wo nötig die Einhaltung des Aktionsplans an. Dies alles geschieht anhand von Statusberichten, welche die jeweils federführenden Behörden pro Massnahme halbjährlich einreichen. Da die Finanzierung der Massnahmen ebenfalls Sache der federführenden Behörden ist und zudem den jeweiligen politischen Prozessen unterliegt, wird auf ein Finanzmonitoring ausdrücklich verzichtet.

Formell ist die Steuergruppe Grenze in erweiterter Zusammensetzung<sup>5</sup> für die Überwachung des IBM-Aktionsplans zuständig. Mittels des von der Abteilung Einreise des SEM verfassten Jahresberichts überwacht die Steuergruppe Grenze in erweiterter Zusammensetzung insb. den Stand der Umsetzungsarbeiten und informiert den Bundesrat und die KKJPD jährlich über den Fortschritt.

### **2.2 Zeitplan für die Umsetzung**

Der Aktionsplan wird in sogenannten Realisierungseinheiten, also zeitlich gestaffelt umgesetzt. Bei der Einteilung der Massnahmen in diese drei Realisierungseinheiten waren einerseits die Wirksamkeit und die Realisierbarkeit wichtige Kriterien. Andererseits wurden das Potenzial und die Dringlichkeit der Massnahme mit berücksichtigt, womit neben der schematischen auch eine gewisse politische Gewichtung vorgenommen wurde.

Die Umsetzung etlicher Massnahmen wurde auf Grund der breiten Akzeptanz und / oder der einfachen und raschen Realisierbarkeit bereits während den Arbeiten am Aktionsplan an die Hand genommen. Zudem wurden im Aktionsplan IBM auch Massnahmen abgebildet, die ausserhalb des Aktionsplans IBM initiiert wurden. All diese bereits umgesetzten oder sich in Umsetzung befindenden Massnahmen werden in der Realisierungseinheit 0 zusammengefasst.

---

<sup>5</sup> SEM, fedpol, GWK, Kapo GE, Kapo ZH einmal jährlich erweitert mit KD, KKJPD, KKPKS, NDB, VKM

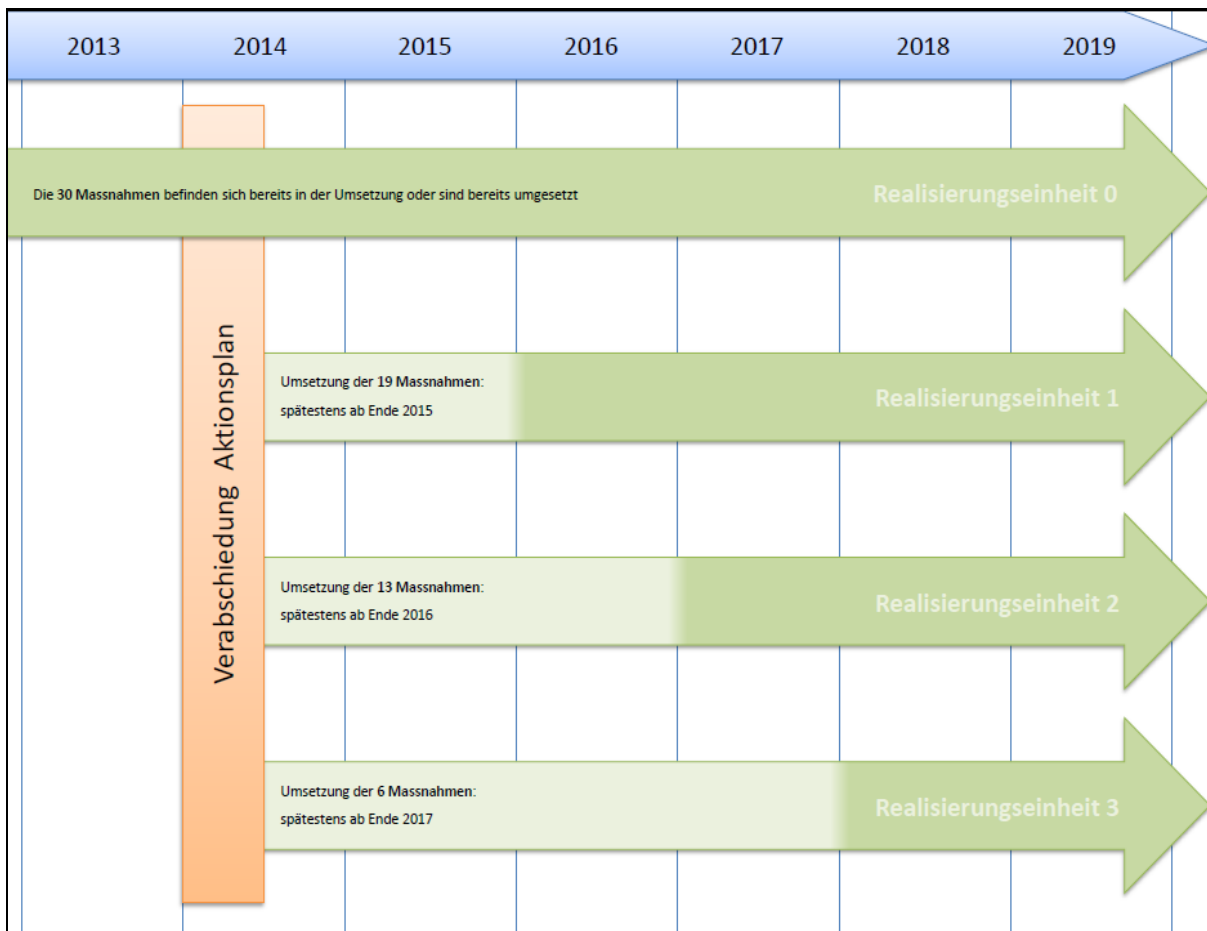


Abbildung 1: Realisierungseinheiten

In der **Realisierungseinheit 1** befinden sich 19 Massnahmen. Mit deren Umsetzung ist direkt im Anschluss an die Kenntnisnahme des Aktionsplans durch den Bundesrat, spätestens aber bis Ende 2015 zu beginnen. Wann innerhalb dieses Zeitraums von rund 18 Monaten mit der Umsetzung begonnen wird, ist grundsätzlich den federführenden Behörden überlassen, wobei selbstverständlich eine möglichst rasche Initiierung der Arbeit anzustreben ist.

Mit der Umsetzung aller 13 Massnahmen der **Realisierungseinheit 2** soll so rasch als möglich begonnen werden, spätestens jedoch im Jahre 2016. Eine rasche Umsetzung soll insb. in den Fällen erfolgen, wo den federführenden, aber auch den mitbeteiligten Behörden die für die Umsetzung benötigten Ressourcen zur Verfügung stehen.

Die restlichen 6 Massnahmen werden in der **Realisierungseinheit 3** gebündelt und sollen ebenfalls so rasch als möglich, spätestens aber im Jahre 2017 initiert werden. Analog der Realisierungseinheit 2 sollen auch hier die Möglichkeiten einer vorzeitigen Umsetzung ausgeschöpft werden.

Diejenigen Massnahmen, die sich bereits in Umsetzung befinden oder sogar schon umgesetzt sind, werden, wie oben erwähnt, in der **Realisierungseinheit 0** gebündelt. Es handelt sich dabei um insgesamt 30 Massnahmen.

Die eben dargelegte Umsetzungsplanung steht unter dem Vorbehalt, dass in den dafür vorgesehenen politischen Prozessen die zur Umsetzung erforderlichen Ressourcen gesprochen werden.

### 3. Umsetzungsstand

In den nachfolgenden Kapiteln wird der Umsetzungsstand der Massnahmen aller vier Realisierungseinheiten beleuchtet. Naturgemäss liegt der Fokus dabei auf der Realisierungseinheit 0, da sich diese Massnahmen bereits in Umsetzung befinden oder teils sogar bereits umgesetzt sind. In den jeweiligen Kapiteln werden auf Grund der grossen Anzahl nicht alle Massnahmen einzeln detailliert bewertet, sondern nur diejenigen, die entweder bezüglich des Umsetzungsstands oder aber auf

Grund der Gewichtigkeit oder einer anderen Spezialität erwähnenswert sind. Die Informationen beruhen auf den per 20. Januar 2015 eingereichten Statusberichten der jeweilig federführenden Behörden. Zu beurteilen waren folgende Kriterien: Einhaltung Zeitplan, inhaltlicher Fortschritt, inhaltliche Abstimmung mit den beteiligten Behörden, Finanzierung und Risiken.

### 3.1 Realisierungseinheit 0

#### 3.1.1 Stand der Umsetzung

Die Realisierungseinheit 0 umfasst wie erwähnt 30 Massnahmen, die sich in Umsetzung befinden oder bereits umgesetzt sind. Von den 30 Massnahmen sind 13 bereits umgesetzt, bei 15 läuft die Umsetzung planmässig. Bei einer Massnahme wird die Umsetzung von den federführenden Behörden als teilweise kritisch bewertet. Eine Massnahme wurde als nicht umsetzbar eingestuft.

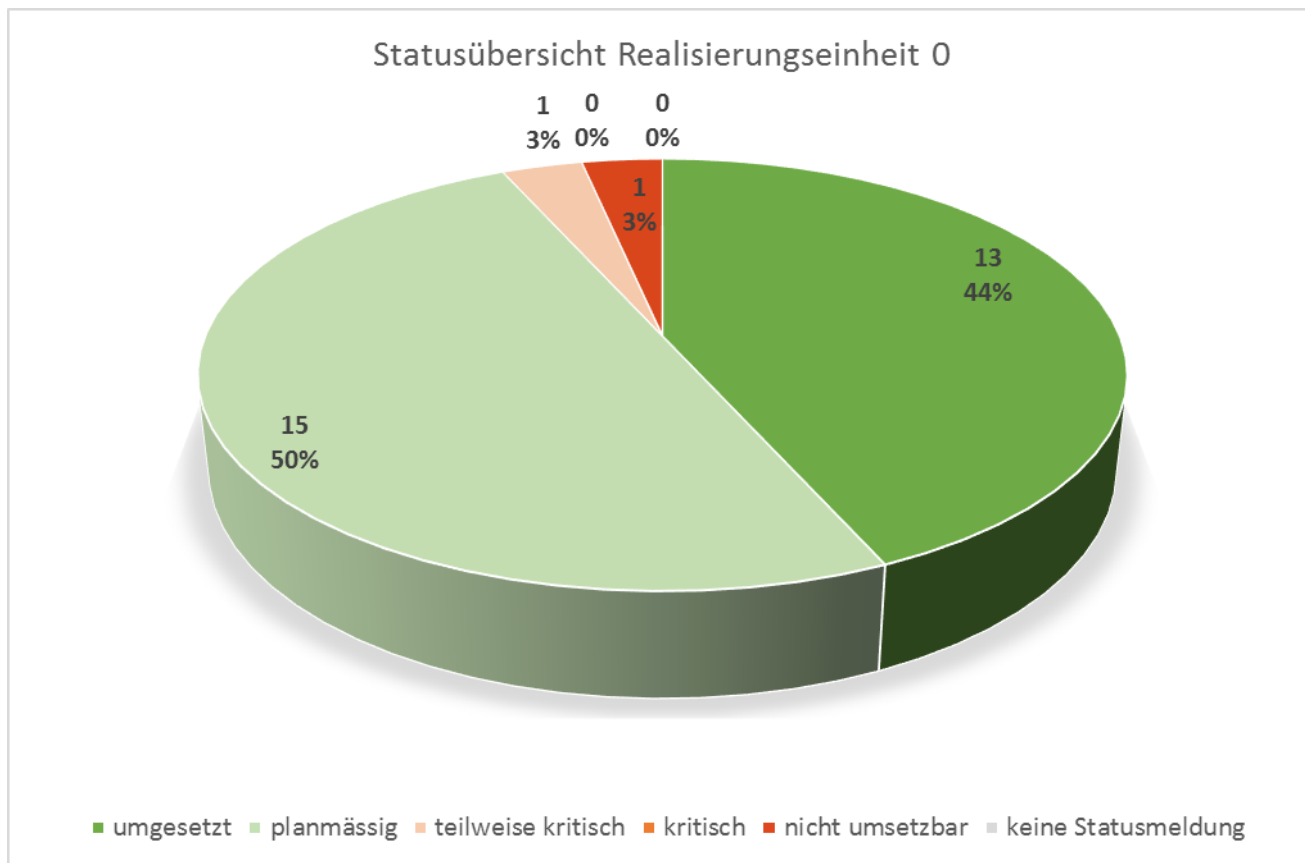


Abbildung 2: Statusübersicht Realisierungseinheit 0



Massnahme <sup>6</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
1.1-2-2: Projekt Optimierung Visumverfahren (POV)	Überprüfung, Anpassung und Harmonisierung sämtlicher Visumprozesse mit den involvierten Behörden von Bund und Kantonen mit dem Ziel rascher, einheitlicher, transparenter und ressourcenschonender Visumprozesse	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: Kantonale Migrations- und Arbeitsmarktbehörden, KD, Steuergruppe Visa, VSAA	Dauerhaft	Umgesetzt
2.1-1-1: Prüfung der Teilnahme der Schweiz am European Migration Network (EMN)	Studie zur Klärung der Konsequenzen einer allfälligen Teilnahme für die Schweiz	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: DEA	1 Jahr	Planmässig
2.1-1-2: Prüfung der Einführung eines schweizerischen Registered Traveller Programme (Studie)	Studie zur Klärung der Konsequenzen eines Programms für registrierte Reisende für die Schweiz	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: GWK, Flughafenbetreiber Basel, Genf und Zürich, Kapo ZH, KD	1 Jahr	Umgesetzt
2.1-1-3: Verstärktes Engagement im Bereich Visumliberalisierung EU-Drittstaaten	Proaktives Einbringen der Schweizer Erfahrungen im Bereich der Visumliberalisierungsprozesse der EU mit Drittstaaten	Federführung: SEM, DEA  Mitbeteiligung: BJ, fedpol, KD, PD	Dauerhaft	Planmässig
2.1-1-4 Prüfung der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten bezüglich Identitätsabklärungen und Rückkehr	Einsetzung einer Arbeitsgruppe (AG) zur Massnahmenerarbeitung und Abstimmung mit anderen europäischen Staaten im Bereich Identitätsabklärungen von ausländischen Personen (welche in der Schweiz ein Asylgesuch stellen oder Rückkehrhilfe beantragen) einerseits und im Bereich Rückkehr von Personen mit EU-Aufenthaltstitel andererseits	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: DEA, DV, PD	Dauerhaft	Planmässig

<sup>6</sup> Die Massnahmennummer setzt sich zusammen aus der Nummer des Filters gemäss dem Vier-Filter-Modell (1. Stelle), der Nummer des Problemfeldes innerhalb des Filters (2. Stelle), der Nummer des Teilziels innerhalb des Problemfeldes (3. Stelle) und der Nummer der Massnahme innerhalb des Teilziels (4. Stelle)

Massnahme <sup>6</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
2.1-1-5: Prüfung des Beitritts zu den Prümer Beschlüssen zur Verbesserung der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten	Vertiefte Prüfung der Folgen und Konsequenzen einer Teilnahme der Schweiz an der Prümer Zusammenarbeit durch die involvierten Behörden der Kantone und des Bundes	Federführung: fedpol  Mitbeteiligung: ASTRA, SEM, BJ, DEA, DV, EDÖB, EFV, GWK, KdK, KKJPD, NDB, Mission der Schweiz bei der EU	Dauerhaft	Planmässig
2.1-2-1: Priorisierung der Projekte für den Internal Security Fund (ISF)-Grenze (Bedarfsanalyse)	Organisation einer Informationssitzung und eines Workshops zur gemeinsamen Bestimmung der Priorisierung der anstehenden Projekte für die Jahre 2014 bis 2020	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: DEA, DV, GWK, fedpol, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH, KD	1 Jahr	Umgesetzt
2.2-1-1: Katalog möglicher Erleichterungen im Visumsbereich innerhalb der Schengen-Gesetzgebung	Katalog zur Auflistung sämtlicher schengenkonformen Erleichterungen beim Visumvergabeprozess	Federführung: KD  Mitbeteiligung: SEM, BJ, DEA, DV	1 Jahr	Planmässig
2.2-1-3 Vademekum mit Arbeitsprinzipien für Schweizer Delegationen in Arbeitsgruppen auf europäischer Ebene	Erstellung und regelmässige Aktualisierung eines Vademekums mit konkreten Leitlinien, Prinzipien und Prozessbeschreibungen für Schweizer Delegationen in Arbeitsgruppen/Ausschüssen auf europäischer Ebene inkl. der Darstellung der verschiedenen Arbeitsgruppen und Ausschüsse Schengen/Dublin auf europäischer Ebene	Federführung: BJ, DEA  Mitbeteiligung: SEM, DV, GWK, fedpol, KD, Vertreter der Kantone im EJPD für Schengen/Dublin	2 Jahre	Planmässig
2.2-2-1: Optimierung der Informationsverbreitung zu Schweizer Positionen im Migrationsbereich auf europäischer Ebene	Verbesserungen der Recherchemöglichkeiten auf der Plattform CH@World zur systematischeren Nachverfolgung der Schweizer Positionen auf europäischer Ebene einerseits und den gremienübergreifenden Entwicklungen innerhalb eines Dossiers andererseits	Federführung: BJ, DEA, Mission der Schweiz bei der EU  Mitbeteiligung: Situativer Einbezug weiterer Bundes- und Kantonsbehörden	2 Jahre	Planmässig

Massnahme <sup>6</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
2.2-2-2: Kontaktliste "Illegale Migration / Menschenschmuggel"	Auflistung der im Bereich Grenzmanagement, illegaler Migration und Menschen-smuggel involvierten Stellen, der internationalen Gremien mit Schweizer Beteiligung in diesem Bereich, der Konsultationsmechanismen sowie der Bedeutung der jeweiligen Themen für IBM	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: alle im Bereich Grenzverwaltung, illegaler Migration und Menschen-smuggel involvierten Behörden	Dauerhaft	Planmässig
3.1-2-1: e-Learning-Tool für die Grundausbildung und Weiterbildung im Grenzkontrollbereich	Entwicklung eines einheitlichen Grundausbildungs- und Weiterbildungslehrmittels (e-Learning-Tool + Druckversion) im Grenzkontrollbereich, welches das ganze Spektrum (inkl. Profiling) abdeckt	Federführung: GWK, Kapo ZH  Mitbeteiligung: SEM, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS	Dauerhaft	Planmässig
3.5-1-3: Strategie für die Durchführung von Schwerpunktkontrollen am Gate	Festlegung einer Strategie zur Durchführung von vorgelagerten Grenzkontrollen und polizeilich motivierten Intra-Schengen-Kontrollen am Gate durch jede Grenzkontrollbehörde  Periodischer Austausch der Strategien und Erkenntnisse in der Steuergruppe Grenze	Federführung: GWK, Kapo GE, Kapo ZH  Mitbeteiligung: Kapo BE, Kapo SO, Kapo VS, Steuergruppe Grenze	Dauerhaft	Planmässig
3.5-1-4: Kontaktpflege zu den Fluggesellschaften	Enge Kontaktpflege der Grenzkontrollbehörden zu den am Flughafen stationierten Fluggesellschaften  Instruktion des Fluggesellschaftspersonals in der Erkennung illegaler Migration	Federführung: GWK, Fluggesellschaften, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH  Mitbeteiligung: Steuergruppe Grenze	Dauerhaft	Umgesetzt

Massnahme <sup>6</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
4.3-1-1: Problemstaatenliste Vollzug	Erstellung und Aktualisierung einer Liste über die Zusammenarbeit mit Herkunftsstaaten in den Teilbereichen "Identifizierung", "Ausstellung von Reisepapieren" und "Durchführung von Sonderflügen" als Grundlage für die Abstimmung der Migrationsaussenpolitik im Rückkehrbereich	Federführung: SEM	Dauerhaft	Umgesetzt
4.3-1-2: Einbezug der Liste der prioritären Länder aus der Rückkehrperspektive in die Internationale Migrationszusammenarbeit (IMZ)-Struktur	Einbringen der Liste prioritärer Länder aus Sicht der Rückkehr (vgl. Massnahme 4.3-1-1) in die IMZ-Struktur	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: DEZA, PD, SECO, bei Bedarf situativer Einbezug weiterer Be- hörden	Dauerhaft	Planmässig
4.3-4-1: Biometrische Ausländerausweise (Prüfung)	Ablösung der bestehenden Papiaerausweise durch fälschungssicherere Ausweise im Kreditkartenformat  Abklärung der Möglichkeit und des Bedürfnisses zur Vorsehung der Ausländerausweise von EU-/EFTA-Staatsangehörigen mit biometrischen Daten	Federführung: SEM, VKM  Mitbeteiligung: GWK, fedpol, bei Bedarf situativer Ein- bezug weiterer Behörden	3 Jahre	Planmässig
0.3-2-4: Fakultative Bundeskompetenz bei der Strafverfolgung gegen den qualifizierten Menschenschmuggel (Prüfung)	Prüfung einer fakultativen Bundeskompetenz zur Durchführung von Strafverfolgungen im Bereich des qualifizierten Menschenschmuggels auch ohne Erfüllung der Voraussetzungen für das Vorliegen einer kriminellen Organisation nach StGB	Federführung: BJ  Mitbeteiligung: Bundesanwaltschaft, fedpol, KKPKS, SSK	Dauerhaft	Planmässig
1.2-1-1: Sanktionen gegen Fluggesellschaften (Carrier Sanctions)	Verhängung von abschreckenden, wirksamen und angemessenen Sanktionen gegenüber Fluggesellschaften, die ihre Sorgfaltspflichten nach Art. 92 AuG verletzen	Federführung: SEM	Dauerhaft	Planmässig

Massnahme <sup>6</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
4.1-2-9: Vereinfachte ISA-Abfragen	Anpassung der technischen und rechtlichen Grundlagen, damit Polizei- und Grenzkontrollorgane im ISA zu Identifizierungszwecken Abfragen alleine mit Name, Vorname und Geburtsdatum machen können	Federführung: fedpol  Mitbeteiligung: GWK, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH, KKPKS	2 Jahre	Planmässig
4.1-3-1: Asyl CS-VIS	Abgleich der Fingerabdrücke von Asylgesuchstellenden (EU-RODAC) mit den im CS-VIS gespeicherten Fingerabdrücken zur Identifizierung papierloser Asylgesuchstellenden und gegebenenfalls zur Einleitung von DUBLIN-OUT-Verfahren	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: ISC-EJPD	Dauerhaft	Umgesetzt
4.1-3-2: Einbindung fedpol in VISION-Konsultation (Machbarkeitsstudie)	Machbarkeitsstudie zur Frage, ob und wie polizeiliche Informationssysteme (insb. JANUS und IPAS) im Rahmen des Visum-Konsultationsverfahrens VISION automatisiert abgefragt werden könnten, um damit den heute bestehenden blinden Fleck mit Bezug auf sicherheitspolizeiliche Erkenntnisse zu beseitigen	Federführung: fedpol  Mitbeteiligung: SEM, ISC-EJPD, NDB	1 Jahr	Teilweise kritisch
4.4-1-1: Keine Sozialhilfe bei Mehrfachasylgesuchen	Keine erneute Aufnahme in die Sozialhilfestrukturen von Personen, welche zum wiederholten Mal ein Asylgesuch stellen (nur noch Gewährung von Nothilfe)	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: Kantone	Dauerhaft	Umgesetzt
4.4-2-1: Beschleunigte Asylverfahren	Durchführung eines beschleunigten Asylverfahrens (48 Stunden) für geeignete Asylgesuche (z. B. visumsbefreite europäische Safe-Countries bzw. andere mit tiefer Schutzquote und rascher Vollzugsmöglichkeit)  Durchführung eines "fast-track"-Verfahrens (Entscheidung innerhalb 20 Tagen noch während EVZ-Aufenthalt), sofern ein rascher Vollzug nicht möglich ist	Federführung: SEM	Dauerhaft	Umgesetzt

Massnahme <sup>6</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
4.4-3-1: Einreisesperren bei beschleunigten Asylverfahren	Konsequenterer Verhängung von Einreisesperren bei abweisenden Asylentscheiden im beschleunigten Verfahren, wenn Ausreisefrist ungenutzt verstreicht, öffentliche Ordnung oder Sicherheit gestört wird oder bei unbegründeten Mehrfachgesuchen und klaren Missbrauchsfällen	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: Kantone	Dauerhaft	Umgesetzt
4.4-3-2: Kostenvorschuss bei aussichtslosen Mehrfachasylgesuchen	Vermehrte Erhebung von Gebührenvorschüssen bei Einreichung eines neuerlichen Asylgesuches nach rechtskräftigem Abschluss eines ersten Asylverfahrens und Aussichtslosigkeit des neuerlichen Gesuches	Federführung: SEM	Dauerhaft	Umgesetzt
4.4-3-3: Strafrechtliche Sanktionen bei missbräuchlichen politischen Tätigkeiten von Asylbewerbern in der Schweiz	Einführung einer strafrechtlichen Sanktion gegenüber asylsuchenden Personen, die einzig mit der Absicht, subjektive Nachfluchtgründe zu schaffen, öffentliche politische Tätigkeiten in der Schweiz ausüben, bzw. gegenüber Personen, die einer asylsuchenden Person dabei Hilfe leisten	Federführung: Kantonale Justizbehörden  Mitbeteiligt: SEM	Dauerhaft	Umgesetzt
0.1-1-1: Quick-wins Informationsfluss	Punktuelle Verbesserung des Informationsaustausches zwischen verschiedenen Grenzverwaltungsbehörden	Federführung: SEM, GWK, Kapo ZH	-	Umgesetzt
0.1-2-1: Nationale Statistik illegaler Aufenthalt	Monatliche Integration der vom Bundesamt für Statistik erhobenen Daten zu polizeilichen Registrierungen wegen rechtswidrigen Aufenthalts in das ILA	Federführung: SEM, BFS	Dauerhaft	Nicht umsetzbar
0.2-2-1: Verstärkung der Analysekompetenz im SEM	Erweiterung des Aufgabenbereiches der SEM-Einheit "Analyse" um den Bereich "Analyse der illegalen Migration"	Federführung: SEM	Dauerhaft	Umgesetzt

### 3.1.2 Erläuterung zu einzelnen Massnahmen

#### *Massnahme 1.1-2-2: Projekt Optimierung Visumverfahren (POV)*

Zwei der vier im POV vorgesehenen Themenblöcke wurden umgesetzt. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen (Entwurf zur Totalrevision des Visakodex, Annahme der Masseneinwanderungsinitiative) mussten jedoch einige der ursprünglich gesteckten Ziele angepasst werden. Die Steuergruppe Visa<sup>7</sup> hat durch die Genehmigung des Schlussberichts das Projekt POV formell abgeschlossen. Gleichzeitig hat sie das SEM beauftragt, eine fundierte Basisstudie der Visums- und Zulassungsprozesse zu erstellen. Die Massnahme wird als umgesetzt betrachtet, obwohl inhaltlich nicht ganz alle Ziele erreicht wurden.

#### *Massnahme 4.1-3-2: Einbindung fedpol in VISION-Konsultation (Machbarkeitsstudie)*

Eine erste Analyse der Rechtsgrundlagen zeigte wesentliche Einschränkungen und Hindernisse für eine automatisierte Abfrage der Polizeisysteme auf. Das Fehlen automatisierter Abfragen würde jedoch enorme Personalaufwände generieren. Derzeit werden Alternativen geprüft. Die Umsetzung der Massnahme ist folglich als teilweise kritisch einzustufen, sowohl bezüglich Zeitplan als auch bezüglich des inhaltlichen Fortschritts.

#### *Massnahme 4.3-4-1: Biometrische Ausländerausweise (Prüfung)*

Im Zuge einer strategischen Neuausrichtung, bei welcher insbesondere auch beschaffungsrechtliche Überlegungen eine Rolle spielten, wurde das ehemalige Projekt NAA (RE 3) im Jahre 2014 in das Projekt PA 19 überführt. Der neue Zeitplan sieht eine Einführung resp. Weiterführung der Ausländerausweise im Kreditkartenformat für sämtliche Ausländerausweisarten ab Dezember 2018 vor. Unter der Berücksichtigung der strategischen Neuausrichtung kann der Umsetzungsstand – trotz der zeitlichen Verzögerung im Vergleich zum ursprünglichen Projekt – als planmässig beurteilt werden, zumal sich insbesondere an den inhaltlichen Zielvorgaben nichts geändert hat.

#### *Massnahme 0.1-1-1: Quick-wins Informationsfluss*

Bei einzelnen, punktuellen Verbesserungen teilte das Grenzwachtkorps nachträglich mit, dass es nicht Hand bieten könne, bzw. wolle (weil die gewünschten Informationen nice-to-have sind und nicht need-to-have). Die Rückfrage bei den betroffenen Behörden ergab in der Tat keinen zwingenden Bedarf an den gewünschten Informationen. Deshalb wird die Massnahme als umgesetzt deklariert, obwohl nicht alle ursprünglich definierten Kriterien erfüllt wurden.

---

<sup>7</sup> SEM, KD und VKM

### Massnahme 0.1-2-1: Nationale Statistik illegaler Aufenthalt

Bereits bei den ersten Schritten zur Umsetzung zeigte sich, dass die Massnahme kaum oder nur schwer umgesetzt werden kann, bzw. nicht im erhofften Ausmass zur Erreichung des anvisierten Ziels führen würde. Hauptproblem sind insbesondere die sehr grossen kantonalen Unterschiede, was die Registrierung, bzw. die Verzeigung wegen rechtswidrigem Aufenthalt, bzw. Verletzung der Einreisebestimmungen angeht. Die Massnahme wird deshalb als nicht umsetzbar abgeschrieben. Im Gegenzug soll das zu bildende „Gemeinsame, nationale Analysezentrum Migration“ (Massnahme 0.1-3-1) zu einem späteren Zeitpunkt beauftragt werden, zuhanden der Steuergruppe Grenze einen neue, bedarfsgerechte Massnahme zur Erfüllung des Teilziels 0.1-2 „Es besteht eine nationale Statistik zu Aufgriffen illegaler Personen und Menschenschmugglern im Binnenraum“ zu erarbeiten.

## 3.2 Realisierungseinheit 1

### 3.2.1 Stand der Umsetzung

Da mit der Umsetzung der Massnahmen dieser Realisierungseinheit erst bis spätestens Ende 2015 gestartet werden muss, waren die federführenden Behörden nicht verpflichtet, mit der Umsetzung zu starten und somit einen Statusbericht einzureichen. Bei vier von 19 Massnahmen wurde jedoch eine vorzeitige Umsetzung gemeldet. Von den vier Massnahmen ist eine bereits umgesetzt und eine ist teilweise kritisch.

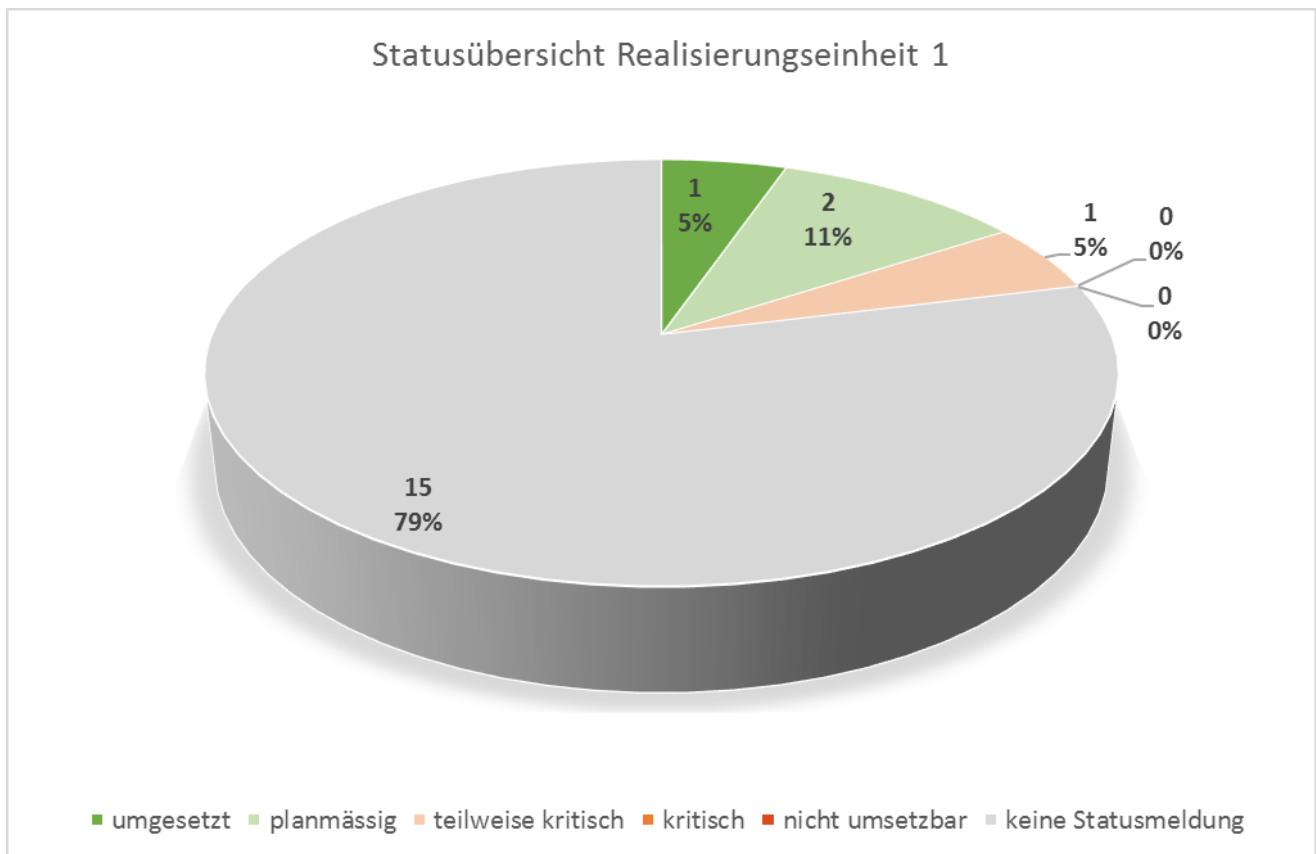


Abbildung 3: Statusübersicht Realisierungseinheit 1



Massnahme <sup>8</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
1.1-1-1: Hot-Spot-Staatenliste (illegale Migration vs. wirtschaftliche / touristische Interessen der Schweiz)	Führen einer jährlich aktualisierten Hot-Spot-Staatenliste mit den Variablen "Illegale Migration" (Fokus) und "Wirtschaftliche / touristische Interessen der Schweiz" mit dem Ziel eines zielgerichteten und bewussteren Einsatzes von Ressourcen auf den Auslandsvertretungen	Federführung: GNAM <sup>9</sup>  Mitbeteiligung: SEM, GWK, fedpol, KD, NDB, Steuergruppe Visa	Dauerhaft	Keine Statusmeldung
1.1-1-2: Koordination der Airline Liaison Officers (ALO), Immigration Liaison Officers (ILO), Polizeiattachés (PA) und Verteidigungsattachés (VA)	Diverse Koordinierungsmassnahmen im Bereich der Einsätze dieser Officers und Attachés zur Erhöhung der Effizienz, insb. in den Hot-Spot-Staaten	Federführung: KD  Mitbeteiligung: Armeestab, SEM, GWK, fedpol	Dauerhaft	Keine Statusmeldung
1.1-1-3: Schulungsmodul "Illegale Migration" und "Menschenschmuggel" für Auslandsvertretungen	Lagespezifisches Schulungsmodul in den Bereichen "Illegale Migration" und "Menschenschmuggel" für die führenden Auslandsvertretungen auf der Hot-Spot-Staatenliste  Integration dieses Moduls in die Ausbildungskonzepte der involvierten Behörden zur Sensibilisierung der Mitarbeitenden	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: GWK, fedpol, KD, NDB	Dauerhaft	Keine Statusmeldung
1.1-2-1: Bedarfsabklärung zu Aufgaben, Ressourcen und spezifischem Know-How auf den führenden Auslandsvertretungen der Hot-Spot-Staatenliste	Zielgerichteter Ressourceneinsatz (konsularische Mitarbeitende sowie Spezialisten) entsprechend der Position der Auslandsvertretungen auf der Hot-Spot-Staatenliste	Federführung: DR, KD  Mitbeteiligung: SEM	1 Jahr	Keine Statusmeldung
3.1-3-1: Koordination der Beschaffungsprozesse im Grenzkontrollbereich	Anmeldung von zukünftigen IT-Projekten und Infrastruktur im Grenzkontrollbereich in der Steuergruppe Grenze  Diese prüft den Bedarf einer gemeinsamen oder koordinierten Beschaffung (z. B. durch die Programmleitung „Harmonisierung Schweizer Polizeiiformatik (HPI)“)	Federführung: Steuergruppe Grenze  Mitbeteiligung: SEM, GWK, fedpol, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH	Dauerhaft	Umgesetzt

<sup>8</sup> Die Massnahmennummer setzt sich zusammen aus der Nummer des Filters gemäss dem Vier-Filter-Modell (1. Stelle), der Nummer des Problemfeldes innerhalb des Filters (2. Stelle), der Nummer des Teilziels innerhalb des Problemfeldes (3. Stelle) und der Nummer der Massnahme innerhalb des Teilziels (4. Stelle)

<sup>9</sup> Gemeinsames Nationales Analysezentrum Migration (Arbeitstitel): s. Massnahme 0.1-3-1

Massnahme <sup>8</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
3.2-1-2: Prüfung der Neustrukturierung der bestehenden Arbeitsgruppen im Grenzkontrollbereich	Prüfung, ob die bestehenden Arbeitsgruppen im Grenzkontrollbereich so neu strukturiert werden können, dass deren weitere Vermehrung und damit eine Erhöhung der zeitlichen Belastung seitens der Grenzkontrollbehörden vermieden werden kann	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: GWK, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH	1 Jahr	Keine Statusmeldung
3.4-1-1: Beteiligung der Flugplatzhalter an den Grenzkontrollkosten und rechtliche Abstützung der Flugplatzkategorien	Schaffung einer gesetzlichen Verpflichtung für die Flugplatzhalter der Schengen-Aussengrenzflughäfen, der zuständigen Grenzkontrollbehörde die für die Grenzkontrolle und Wegweisung nötigen Räume, Infrastruktur und technischen Geräte unentgeltlich zur Verfügung zu stellen	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: BAZL, BJ	Dauerhaft	Keine Statusmeldung
4.2-2-1: Mechanismen zum Ausgleich der Vollzugslasten im AuG- und Asylbereich (Machbarkeitsstudie)	Studie zur Darstellung der gegenwärtig existierenden unterschiedlichen Vollzugslasten im Asyl- und AuG-Bereich sowie Prüfung verschiedener Lastenausgleichs- und Anreizmechanismen	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: Kantone	1 Jahr	Planmässig
4.3-5-1: Ausbildung in der Bekämpfung des qualifizierten Menschenschmuggels am Schweizerischen Polizeiinstitut (SPI) sowie Sensibilisierungs- und Informationsveranstaltungen und -material	Ausbildung und Sensibilisierung der involvierten Behörden in der Bekämpfung des qualifizierten Menschenschmuggels	Federführung: fedpol, KKPKS, SPI  Mitbeteiligung: Sämtliche bei der Bekämpfung von Menschenschmuggel involvierte Behörden von Gemeinden, Kantonen und Bund	Dauerhaft	Teilweise kritisch
0.3-2-1: Eindeutige Zuweisung der Ermittlungen im Bereich qualifizierter Menschenschmuggel	Ausdrückliche Zuweisung der Ermittlungskompetenzen in den Kantonen im Bereich des qualifizierten Menschenschmuggels  Empfehlung der KKPKS/KKJPD zu einer Zuweisung an die Kriminalpolizei	Federführung: Kantonale Ermittlungsbehörden  Mitbeteiligung: KKPKS / KKJPD	1 Jahr	Keine Statusmeldung

Massnahme <sup>8</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
0.3-2-2: Benennung von Spezialisten bei Polizei und Staatsanwaltschaften im Bereich qualifizierter Menschenschmuggel	Explizite Benennung und Schulung von Spezialisten für die Bekämpfung des qualifizierten Menschenschmuggels bei den kantonalen Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften	Federführung: Kantonale Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften  Mitbeteiligung: KKPKS / KKJPD / SSK	1 Jahr	Keine Statusmeldung
0.3-2-3: Benennung von Ermittlungsgruppen im Bereich qualifizierter Menschenschmuggel	Benennung von Dienstgruppen innerhalb der in Massnahme 0.3-2-1 definierten Ermittlungsbehörde für die Ermittlungen bei Fällen qualifizierten Menschenschmuggels, die umfassende Ermittlungen erfordern	Federführung: Kantonale Ermittlungsbehörden  Mitbeteiligung: KKPKS / KKJPD	1 Jahr	Keine Statusmeldung
0.3-2-5: Konsequente Verwertung von Ermittlungshinweisen im Bereich qualifizierter Menschenschmuggel	Optimierung der Zusammenarbeit im Bereich qualifizierter Menschenschmuggel zwischen dem GWK und den kantonalen Ermittlungsbehörden durch Masterprozesse und standardisierte Vereinbarungen	Federführung: GWK, kantonale Ermittlungsbehörden  Mitbeteiligung: KKPKS	Dauerhaft	Keine Statusmeldung
0.3-2-6: Informationsgewinnung über Menschenschmuggel in der ersten Asylbefragung	Erweiterung der Erstbefragung von Asylbewerbern (im Rahmen des Testbetriebs in Zürich) zur Gewinnung von Informationen über Menschenschmuggler inkl. der systematischen Auswertung und Verbreitung der gewonnenen Informationen	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: GWK, fedpol, Kantons- und Gemeindepolizeien	2 Jahre	Keine Statusmeldung
4.1-2-1: Aus- und periodische Weiterbildung der ZEMIS-Nutzer	Ergänzung aller ZEMIS-Aus- und Weiterbildungen mit Inhalten zu Abhängigkeiten von ZEMIS zu anderen Systemen  Schaffung eines ZEMIS-e-Learning-Tools  Aktive Bewerbung von ZEMIS-Kursen, die speziell auf Mitarbeitende von Einsatzzentralen und Ausländerdiensten der Polizei ausgerichtet sind	Federführung: SEM	Dauerhaft	Keine Statusmeldung

Massnahme <sup>8</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
4.1-2-3: Einsatz von eDoc-Readern auf den Migrationsämtern (Pilotversuch)	Einsatz von Geräten zum Auslesen und Prüfen von Informationen (namentlich Gesichtsbild und Personalien) aus eDokumenten (namentlich biometrischen Pässen und Ausländerausweisen) sowie zur automatisierten Überprüfung ausgewählter Sicherheitsmerkmale von eDokumenten auf bekannte Fälschungsmerkmale (Pilotversuch)	Federführung: EMF der Stadt Bern	1 Jahr	Planmässig
4.1-2-5: Gesamtstrategie Biometrie	Erarbeitung einer nationalen Biometrie-strategie z. Hd. des Bundesrates. Kernfragen: Biometriekompetenz im Bund, Verifikation bestehender Biometriedokumente, steigende Anforderungen an Systemplattform eDokumente, etc.	Federführung: Fachaus-schuss Aus-weisschriften  Mitbeteiligung: BBL, SEM, GWK, fedpol, Kapo ZH, KD, KKPKS, SVZW, VKM	1 Jahr	Keine Statusmeldung
4.1-2-8: Vereinfachte ISR-Abfragen (Machbarkeitsstudie)	Machbarkeitsstudie zur Anpassung der technischen und ggf. rechtlichen Grundlagen, damit Polizei- und Grenzkontrollorgane im ISR zu Identifizierungszwecken Abfragen alleine mit Name, Vorname und Geburtsdatum machen können	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: GWK, fedpol, ISC-EJPD, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH, KKPKS	1 Jahr	Keine Statusmeldung
0.1-3-1: Gemeinsames, nationales Analysezentrum Migration (GNAM) [Arbeitstitel]	Aufbau eines gemeinsamen strategischen Analyse-zentrums Migration (insb., aber nicht ausschliesslich illegale Migration) unter der Leitung des SEM, in dem sämtliche relevanten Grenzverwaltungsbehörden vertreten sind	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: DR, GWK, fedpol, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH, KD, KKP-KS, NDB, VKM	Dauerhaft	Keine Statusmeldung

### 3.2.2 Erläuterung zu einzelnen Massnahmen

#### Massnahme 3.1-3-1: Koordination der Beschaffungsprozesse im Grenzkontrollbereich

Die Steuergruppe Grenze stellt die Koordination der Beschaffungsprozesse im Grenzkontrollbereich sicher, in dem sie das Thema seit November 2013 als Standardtraktandum aufführt. Somit kann die Massnahme als umgesetzt betrachtet werden.

#### Massnahme 4.3-5-1: Ausbildung in der Bekämpfung des qualifizierten Menschenschmuggels am Schweizerischen Polizeiinstitut (SPI) sowie Sensibilisierungs- und Informationsveranstaltungen und -material

Gemäss den federführenden Behörden sind insbesondere die personellen und finanziellen Ressourcen eher kritisch einzustufen. Zudem haben die kantonalen Polizeikorps anlässlich einer Umfrage angegeben, keinen Bedarf an einem spezifischen Schulungsmodul zum Thema Menschenschmuggel haben. Aus diesen Gründen ist die Umsetzung dieser Massnahme als teilweise kritisch einzustufen.

## 3.3 Realisierungseinheit 2

### 3.3.1 Stand der Umsetzung

Mit der Umsetzung der Massnahmen dieser Realisierungseinheit muss spätestens bis Ende 2016 gestartet werden. Von den 13 Massnahmen wurde bei Dreien die Umsetzung bereits vorzeitig initiiert, eine davon bereits umgesetzt.

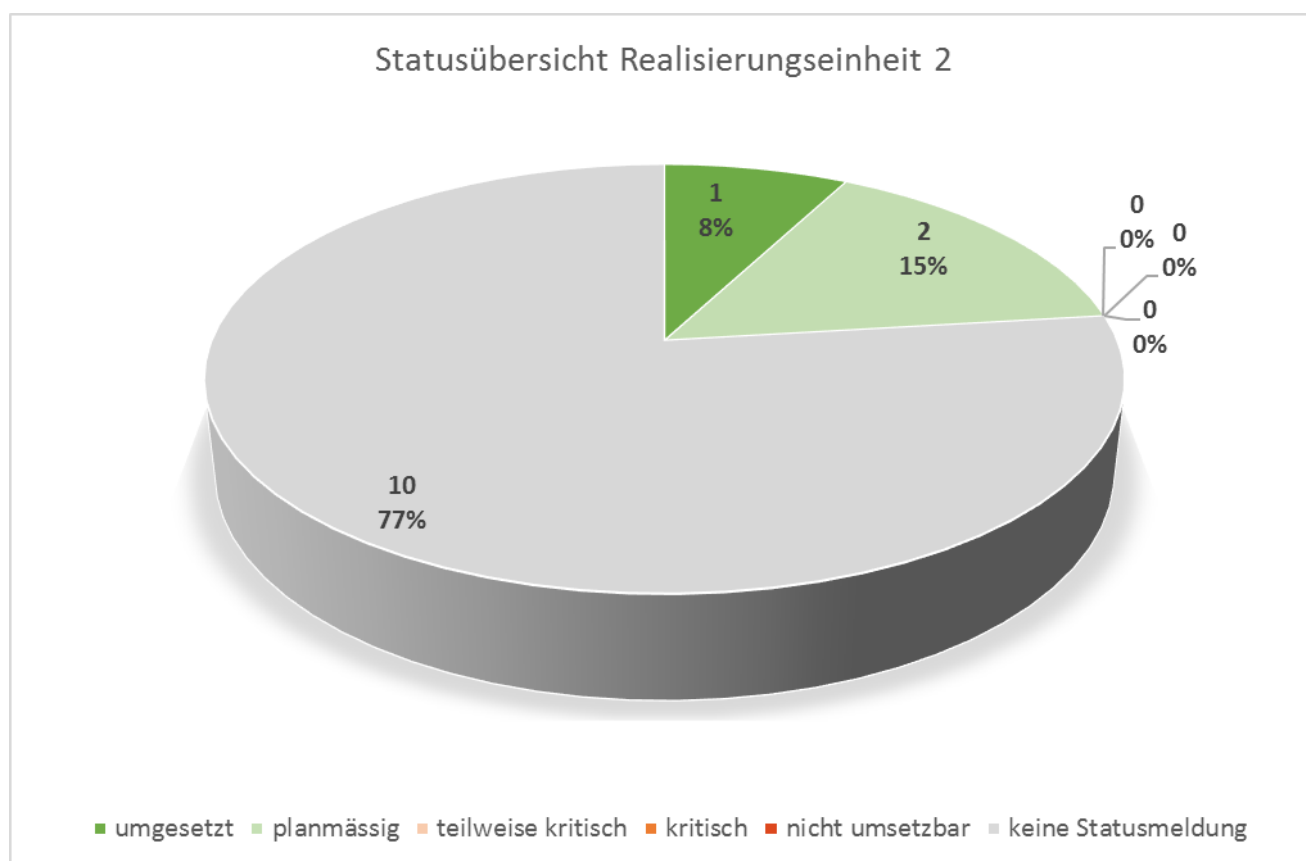


Abbildung 4: Statusübersicht Realisierungseinheit 2

Massnahme <sup>10</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
1.1-3-1: Gezielter Einsatz der lokalen Schengen-Kooperation (LSC) durch die Auslandvertretungen	Bereitstellung von einfachen Hilfsmitteln, Handlungsanweisungen und Instruktionen z. Hd. der Auslandvertretungen für eine gezieltere Nutzung der LSC zur Information und Verbreitung eigener Erkenntnisse über die Phänomene der illegalen Migration und des qualifizierten Menschenschmuggels	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: KD	Dauerhaft	Keine Statusmeldung
1.1-5-1: Memorandum of Understanding (MoU) zwischen Verwaltung, Tourismus- und Wirtschaftsorganen zur Sensibilisierung und Abstimmung von Marketingaktivitäten	MoU zwischen Visa- und Grenzkontrollbehörden, Schweiz Tourismus und Switzerland Global Enterprise zur frühzeitigen Information über Marketing- und Promotionsmassnahmen der Tourismusbranche sowie zur entsprechenden Massnahmenerarbeitung	Federführung: KD  Mitbeteiligung: SEM, GWK, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH, Seco, Switzerland Global Enterprise, Tourismusbranche	1 Jahr	Planmässig
2.2-1-2: Einbezug von Massnahmen zur Einreiseerleichterung bei Verhandlungen von Migrationsabkommen und -partnerschaften	Systematischer Einbezug des Katalogs (Massnahme 2.2-1-1) im Bereich der Einreiseerleichterungen bei Verhandlungen der Schweiz mit Drittstaaten über Migrationsabkommen und -partnerschaften	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: DEA, DV, GWK, fedpol, Kapo ZH, KD, NDB, PD	Dauerhaft	Keine Statusmeldung
3.1-1-1: Gegenseitige Audits der Schengen-Aussengrenzflughäfen (Grenzkontrolle)	Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts zur Durchführung von regelmässigen Audits der Flugplätze der Kategorien A und B (Grenzkontrolle)  Anlässlich der Audits: Prüfung der Einhaltung der nationalen Weisungen und der EU-Vorgaben im Bereich der Grenzkontrolle (insb. im Hinblick auf Schengen-Evaluationen) sowie Austausch von bewährten Praxen	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: GWK, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH	Dauerhaft	Keine Statusmeldung

<sup>10</sup> Die Massnahmennummer setzt sich zusammen aus der Nummer des Filters gemäss dem Vier-Filter-Modell (1. Stelle), der Nummer des Problemfeldes innerhalb des Filters (2. Stelle), der Nummer des Teilziels innerhalb des Problemfeldes (3. Stelle) und der Nummer der Massnahme innerhalb des Teilziels (4. Stelle)

Massnahme <sup>10</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
3.2-1-1: Nationaler Austausch über strategische und operative Fragen im Grenzkontrollbereich	Institutionalisierter Austausch über operative und strategische Erkenntnisse zwischen den Grenzkontrollbehörden in der Steuergruppe Grenze (ständiges Traktandum)	Federführung: Steuergruppe Grenze  Mitbeteiligung: GWK, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH	Dauerhaft	Umgesetzt
3.4-1-2: Prüfung der Abschaffung des Ausnahmeregimes für Non-Schengen-Flüge auf Flugplätzen der Kategorie D	Prüfung der Abschaffung des derzeit geltenden Ausnahmeregimes für Flugplätze der Kategorie D (welche keine Aussengrenze darstellen, jedoch vom SEM punktuell Ausnahmegenehmigungen für Non-Schengen-Flüge erhalten können)  Definition der Voraussetzungen für Flugplätze, um permanent Non-Schengen-Flüge anbieten zu dürfen (Schengen-Aussengrenze)	Federführung: SEM, EZV/OZD  Mitbeteiligung: BAZL, GWK, Flugplatzhalter Saanen, Mollis, Emmen und Buochs, Kapo BE, Kapo GL, Kapo LU, Kapo NW, Kapo ZH	1 Jahr	Keine Statusmeldung
3.5-1-1: Gesamtkonzept für die Nutzung von Flugpassagierdaten	Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für die Nutzung von Flugpassagierdaten (insb. im Bereich der Advance Passenger Information [API]- und Passenger Name Record [PNR]-Daten)	Federführung: SEM, fedpol  Mitbeteiligung: BAZL, BJ, DEA, DV, EDÖB, EZV, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH, KKPKS, NDB	1 Jahr	Keine Statusmeldung
3.5-1-6: Prüfung der Delegation der Wegweisungskompetenz vom SEM an die Grenzkontrollbehörden	Prüfung einer Anpassung der gesetzlichen Grundlagen, damit das SEM die Grenzkontrollbehörden ermächtigen kann, eine begründete und beschwerdefähige Verfügung gegenüber wegzuweisenden Personen auszustellen	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: GWK, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH	1 Jahr	Keine Statusmeldung

Massnahme <sup>10</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
4.2-4-1: Kompetenzzentrum zur Abarbeitung von AuG-Fällen aus dem Bahnverkehr durch einen Pilotbetrieb in Bern (Machbarkeitsstudie)	Studie zur Prüfung der Möglichkeiten und Ausgestaltung eines Pilotbetriebes für ein operatives Kompetenzzentrum in der Stadt Bern zur Abarbeitung kantonaler und überkantonaler AuG-Fälle	Federführung: EMF der Stadt Bern, GWK  Mitbeteiligung: SEM	1 Jahr	Planmässig
1.2-2-1: Zusammenarbeitsverträge mit Fluggesellschaften	Erarbeitung eines Konzepts zur Zusammenarbeit zwischen SEM, Grenzkontrollbehörden und Fluggesellschaften inkl. entsprechenden Standardvertrags  Abschluss von Zusammenarbeitsverträgen mit den wichtigsten Fluggesellschaften	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: Fluggesellschaften, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH	Dauerhaft	Keine Statusmeldung
4.1-2-4: Nutzung der bestehenden eDoc-Reader auf den Auslandsvertretungen (Pilotversuch)	Einsatz der auf den Auslandsvertretungen bereits vorhandenen, aber bisher weitgehend ungenutzten Geräte zum Auslesen und Prüfen von Informationen (namentlich Gesichtsbild und Personalien) aus eDokumenten (namentlich biometrischen Pässen und Ausländerausweisen) sowie zur automatisierten Überprüfung ausgewählter Sicherheitsmerkmale von eDokumenten auf bekannte Fälschungsmerkmale	Federführung: EDA	1 Jahr	Keine Statusmeldung
4.1-2-6: Einführung eines Suchfeldes „PCN-Nummer“ in RIPOL (Machbarkeitsstudie)	Machbarkeitsstudie zur Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen RIPOL um ein (suchbares) Feld ergänzt werden könnte, in dem die PCN erfasst wird	Federführung: fedpol  Mitbeteiligung: SEM, ISC-EJPD	1 Jahr	Keine Statusmeldung
4.1-3-3: Clearingstelle "Identifikation" (Machbarkeitsstudie)	Machbarkeitsstudie zur Frage, ob und wie die verschiedenen im Migrationsprozess involvierten Datenbanken (namentlich ORBIS, VIS, EURODAC, SIS, ZEMIS, RIPOL, etc.) und die darin verarbeiteten Erkenntnisse besser miteinander abgestimmt werden könnten	Federführung: SEM, fedpol  Mitbeteiligung: BJ, EDÖB, GWK, KKPKS, SVZW, VKM, VSAA	1 Jahr	Keine Statusmeldung



### 3.3.2 Erläuterung zu einzelnen Massnahmen

Massnahme 3.2-1-1: Nationaler Austausch über strategische und operative Fragen im Grenzkontrollbereich

Der Austausch über strategische und operative Themen findet in der Steuergruppe Grenze statt. Unter anderem bildeten folgende Themen Gegenstand von Beratungen in der Steuergruppe Grenze: Ablösung Systemplattform e-Dokumente, Einsatz von Dokumentenberatern (Airline Liaison Officers, ALO), VIS-Einführung an der Aussengrenze, Sanktionspraxis illegaler Aufenthalt, etc. Somit kann die Massnahme als umgesetzt gesehen werden.

## 3.4 Realisierungseinheit 3

### 3.4.1 Stand der Umsetzung

Bis spätestens Ende 2017 müssen die Massnahmen dieser Realisierungseinheit gestartet werden. Von den sechs Massnahmen wurde bis anhin erst eine in Angriff genommen.

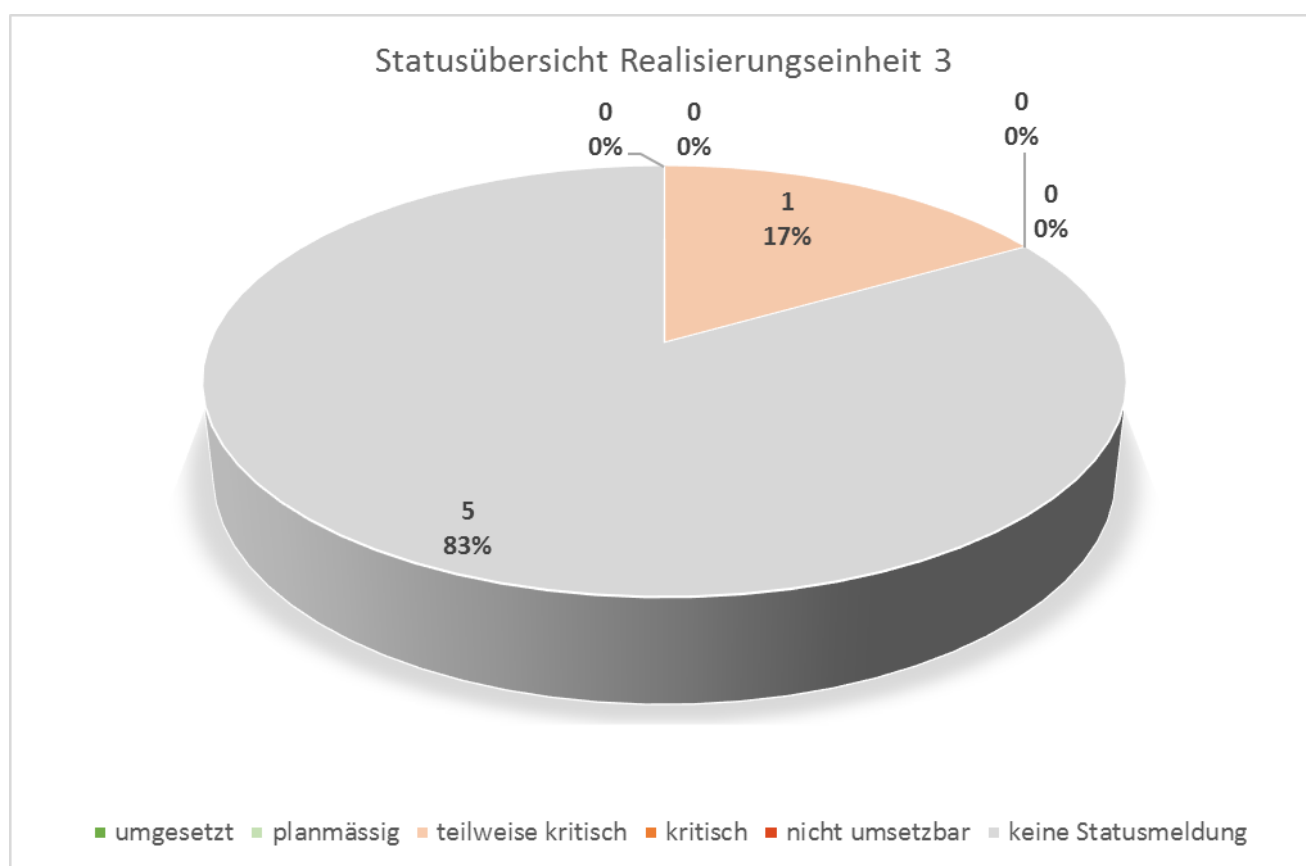


Abbildung 5: Statusübersicht Realisierungseinheit 3

Massnahme <sup>11</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
2.3-1-1: Austausch mit ausländischen Grenzkontrollbehörden	Jährliche Kontaktpflege jeder Grenzkontrollbehörde der Flugplätze der Kategorien A und B zu einer ausländischen Grenzkontrollbehörde (strategische und operative Ebene)  Anmeldung der Auslandkontakte und Austausch der gewonnenen Erkenntnisse in der Steuergruppe Grenze (ständiges Traktandum)	Federführung: GWK, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH  Mitbeteiligung: Steuergruppe Grenze	Dauerhaft	Keine Statusmeldung
2.3-1-2: Gemeinsame Besuche von ausländischen Grenzkontrollbehörden	Durchführung von gemeinsamen Besuchen von schweizerischen bei ausländischen Grenzkontrollbehörden (z. B. zur Besichtigung einer neuen Technologie oder bei gemeinsamen Projekten)  Ankündigung der Besuche und Berichterstattung in der Steuergruppe Grenze	Federführung: GWK, Kapo BE, Kapo GE, Kapo SO, Kapo VS, Kapo ZH  Mitbeteiligung: Steuergruppe Grenze	Dauerhaft	Keine Statusmeldung
3.5-1-2: Automatisierte Grenzkontrollen an den Flughäfen	Durchführung von automatisierten Grenzkontrollen für erwachsene EU/EFTA- und CH-Bürger an den Flughäfen (beim Übertritt der Schengen-Aussengrenze)	Federführung: GWK, Kapo BE, Kapo GE, Kapo ZH  Mitbeteiligung: Kapo SO, Kapo VS, fedpol	Dauerhaft	Teilweise kritisch
3.5-1-5: Ausweitung der Einsätze von Airline Liaison Officers (ALO) (Konzept)	Erarbeitung eines Konzepts für die bedarfsabhängige Erhöhung der Anzahl von Airline Liaison Officers (ALO)  Ziel: Sicherstellen, dass weniger Flugpassagiere die Schengen-Aussengrenze erreichen, ohne die Einreisevoraussetzungen zu erfüllen (mittels entsprechenden Vorkontrollen durch die ALO an den Abgangsdestinationen)	Federführung: Steuerungsorgan ALO  Mitbeteiligung: Kapo ZH	1 Jahr	Keine Statusmeldung

<sup>11</sup> Die Massnahmennummer setzt sich zusammen aus der Nummer des Filters gemäss dem Vier-Filter-Modell (1. Stelle), der Nummer des Problemfeldes innerhalb des Filters (2. Stelle), der Nummer des Teilziels innerhalb des Problemfeldes (3. Stelle) und der Nummer der Massnahme innerhalb des Teilziels (4. Stelle)

Massnahme <sup>11</sup>	Erläuterung	Zuständigkeit	Laufzeit	Status
1.2-1-2: Neue Internetseite Schengen-Einreisevoraussetzungen	Erstellung einer möglichst interaktiven, bürgerfreundlichen Internetseite zu den Schengen-Einreisevoraussetzungen als Ergänzung zu den bereits heute publizierten, auf ein Fachpublikum ausgerichteten Weisungen	Federführung: SEM  Mitbeteiligung: GS-EJPD (CC Web), KD	Dauerhaft	Keine Statusmeldung
4.1-2-2: Erweiterung ZEMIS-Zugriffsrechte	Anpassung der gesetzlichen Grundlagen um a) Kantons- und Gemeindepolizeien, GWK, Migrationsämtern und dem NDB den Zugriff auf die im ZEMIS enthaltenen Gesichtsbilder zu gewähren sowie b) dem SIRENE-Büro (fedpol) den Zugriff auf die im ZEMIS angegliederten eDossiers zu gewähren	Federführung: SEM	3 Jahre	Keine Statusmeldung

### 3.4.2 Erläuterung zu einzelnen Massnahmen

#### *Massnahme 3.5-1-2: Automatisierte Grenzkontrollen an den Flughäfen*

Obwohl die Massnahme erst im Jahre 2017 initiiert werden müsste, haben die beiden grössten Grenzkontrollbehörden, die Kantonspolizei Zürich und das Grenzwachtkorps, diese für die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche bereits an die Hand genommen. Während erstere die Umsetzung als planmässig beurteilt, sieht das Grenzwachtkorps den Umsetzungsstand als kritisch an. Hauptgrund dafür sind insbesondere die noch ungeklärte Finanzierung und die notwendige WTO-Ausschreibung.

## 3.5 Fazit

Insgesamt kann ein positives Fazit gezogen werden. In der Realisierungseinheit 0 befinden sich über 90% der Massnahmen im grünen Bereich. Knapp die Hälfte der Massnahmen ist sogar bereits umgesetzt. Auch in den Realisierungseinheiten 1 – 3 wurden, obwohl gemäss Zeitplan noch nicht zwingend, bereits einige Massnahmen an die Hand genommen: In der Realisierungseinheit 1 deren 21%, in der Realisierungseinheit 2 deren 23% und in der Realisierungseinheit 3 16%. Über die total 68 Massnahmen kann gesagt werden, dass per Ende 2014 an 55% aller Massnahmen gearbeitet wurde.

Zudem ist der Abteilung Einreise des SEM bekannt, dass bei rund einem halben Dutzend Massnahmen aus den Realisierungseinheiten 1 – 3 bereits vorzeitig erste Vorbereitungsarbeiten begonnen wurden. Auf Grund des jedoch noch sehr geringen Fortschritts haben die federführenden Behörden jeweils verzichtet, einen ersten Statusbericht einzureichen. Es ist davon auszugehen, dass diese Massnahmen anlässlich der nächsten Überprüfung des Umsetzungsstands für das erste Semester 2015 als offiziell gestartet gemeldet werden.

Wie sich auch bereits bei den Arbeiten an der IBM-Strategie und dem IBM-Aktionsplan gezeigt hat, bewirken die Umsetzungsarbeiten eine intensivierte Zusammenarbeit verschiedenster Behörden auf Bundes- und Kantonsebene, was den integrierten Ansatz der Grenzverwaltung der Schweiz zusätz-

lich stärkt. Zudem hat der Begriff IBM zusätzlich an Bekanntheit gewonnen und trägt somit auch zur Sensibilisierung aller betroffenen Behörden für eine gemeinsame, breit getragene Grenzverwaltung bei.

Ob all der positiven Entwicklungen darf jedoch nicht vergessen werden, dass sich die federführenden Behörden praktisch aller Massnahmen bei der Umsetzung mit teils grossen Herausforderungen konfrontiert sehen. Dabei stehen insbesondere die vielerorts bereits vor der Verabschiedung von IBM-Strategie und -Aktionsplan knappen finanziellen und personellen Ressourcen im Vordergrund. Diese bilden gesamthaft gesehen denn auch die grössten Risiken bei den Umsetzungsprojekten.

## 4. Kommunikation

Die IBM-Thematik hat verschiedenste Akteure von Bund und Kantonen seit 2011 z.T. intensiv beschäftigt. Die Umsetzung der im Aktionsplan beschlossenen Massnahmen wird weitere Jahre in Anspruch nehmen und die an der integrierten Grenzverwaltung beteiligten Behörden näher zusammenrücken lassen. Angesichts der Tragweite der Massnahmen ist eine Vermarktung oder zumindest eine Bekanntmachung auch über die direkt betroffenen Behörden hinaus (insb. Politik und Bevölkerung) angezeigt.

Weiter sind sich selbst die von der Grenzverwaltung direkt betroffenen Behörden ihrer integrierten Rolle oft nicht bewusst. Im Rahmen von internen Schulungen sowie von Informationsveranstaltungen sollen alle Beteiligten auf ihre wichtige Funktion im System der schweizerischen Grenzverwaltung hingewiesen werden.

Die Abteilung Einreise des SEM war in verschiedensten Bereichen tätig: Sowohl im Internet<sup>12</sup> als auch im Intranet<sup>13</sup> ist IBM präsent. Insbesondere ist ein rund dreieinhalbminütiger Film aufgeschaltet, welcher den Partnern aber auch dem interessierten Bürger kompakt und in visualisierter Form erläutert, was IBM ist, welchen Zweck es verfolgt und wer die beteiligten Behörden sind. Zudem werden die zentralen Dokumente, also unter anderem die Strategie und der Aktionsplan, zur Verfügung gestellt. In regelmässigen Abständen bedient die Abteilung Einreise zudem die wichtigsten Partner mit einem Newsletter, um über die wichtigsten Geschehnisse und Fortschritte zu informieren. Die Newsletter – bis heute wurden deren vier verschickt – werden im Intranet aufgeschaltet. Im November 2014 haben die KKJPD und das SEM mit einer Medienmitteilung<sup>14</sup> über die Kenntnisnahme des IBM-Aktionsplans und der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung zur Umsetzung des Aktionsplans orientiert.

---

<sup>12</sup> <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/themen/einreise/ibm.html>

<sup>13</sup> <http://intranet.bfm.admin.ch/intrabfm-publ/content/bfm/de/home/kern/grenze/ibm.html>

<sup>14</sup> <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/aktuell/news/2014/2014-11-13.html>

Bis anhin wurden sechs parlamentarische Verstösse mit einem Bezug zu IBM beantwortet:

Vorstoss	Eingereicht	Stand
14.5663 <sup>15</sup> – Fragestunde - Geissbühler Andrea Martina <b>Aktionsplan zum Integrated Border Management</b>	03.12.2014	Erledigt
14.5662 <sup>16</sup> – Fragestunde - Geissbühler Andrea Martina <b>Nationales Analysezentrum Migration</b>	03.12.2014	Erledigt
14.3898 <sup>17</sup> – Postulat - Geissbühler Andrea Martina <b>Kompetenzzentrum Grenzsicherheit</b>	25.09.2014	Im Rat noch nicht behandelt
13.4082 <sup>18</sup> – Interpellation – Fridez Pierre-Alain <b>Sicherheitsprobleme in den Grenzregionen</b>	05.12.2013	Erledigt
13.3551 <sup>19</sup> – Postulat – Romano Marco <b>Illegale Migration und Asyl. Erweiterung der Kompetenzen des Grenzwachtkorps</b>	04.09.2013	Im Rat noch nicht behandelt
12.3856 <sup>20</sup> – Motion – Barthassat Luc <b>Bekämpfung der Kriminalität. Mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit</b>	27.09.2012	Erledigt

## 5. Ausblick

Das erste Jahresmonitoring hat gezeigt, dass die meisten auf Dauer ausgelegten Massnahmen als umgesetzt betrachtet werden können, sobald ihre Umsetzung gestartet wird. So gilt beispielsweise die Massnahme 3.1-3-1 „Koordination der Beschaffungsprozesse im Grenzkontrollbereich“ als umgesetzt, seit sie als Standardtraktandum der Steuergruppe Grenze geführt wird. Ob das angestrebte Ziel tatsächlich und dauerhaft erreicht wird, ist damit allerdings noch nicht sichergestellt. Deshalb soll zu einem späteren Zeitpunkt überprüft werden, ob auf Dauer ausgelegte Massnahmen auch weiterhin umgesetzt werden. Zusätzlich wird eine Wirkungsmessung angestrebt, also die Überprüfung, ob mit der Umsetzung der jeweiligen Massnahme das gewünschte Ziel erreicht wird. Dies wird primär anhand der definierten Indikatoren geschehen.

Auch zukünftig wird die Abteilung Einreise wie bis anhin alle Aktivitäten im Bereich der Grenzverwaltung beobachten, primär in der Schweiz, aber auch auf europäischer Stufe. Auf nationaler Ebene wird insbesondere der Fortschritt bei der Umsetzung der Massnahmen aus dem Aktionsplan begleitet und überprüft.

Im Jahre 2015 müssen die 19 Massnahmen der Realisierungseinheit 1 gestartet werden, wobei wie oben erwähnt dies bei vier Massnahmen schon geschehen ist. Unter den knapp zwanzig Massnahmen befinden sich einige – insbesondere auf Grund ihrer Tragweite – von besonderem Interesse. Ein aktuelles Thema sind Passagierdaten. Mit der Massnahme 3.5-1-1 soll ein Gesamtkonzept zur Nutzung von Flugpassagierdaten (insb. API- und PNR-Daten) erarbeitet werden. Weiter soll die Massnahme 0.1-3-1 „Gemeinsames, nationales Analysezentrum Migration“ der heute eher zersplitterten Analyselandschaft zu einem gemeinsamen, nationalen Ansatz verhelfen. Zudem soll die Ge-

<sup>15</sup> [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20145663](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145663)

<sup>16</sup> [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20145662](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145662)

<sup>17</sup> [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20143898](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143898)

<sup>18</sup> [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20134082](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20134082)

<sup>19</sup> [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20133551](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20133551)

<sup>20</sup> [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20123856](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20123856)

samtstrategie Biometrie (Massnahme 4.1-2-5) initiiert werden, mit welcher unter anderem Fragen zur Biometriekompetenz beim Bund, Verifikation von biometrischen Dokumenten oder auch der steigenden Anforderungen an die Systemplattform eDokumente geklärt werden sollen. Auch auf der Agenda steht die Erstellung einer Hot-Spot-Staatenliste (Massnahme 1.1-1-1) aus den Blickwinkeln „illegale Migration“ (Fokus) und „wirtschaftliche / touristische Interessen“, mit dem Ziel eines zielgerichteten und bewussteren Ressourceneinsatzes auf den Auslandvertretungen. Diese Massnahme ist insofern von Bedeutung, weil sie die Grundlage für fünf weitere Massnahmen (überwiegend im Bereich der Auslandvertretungen) bildet. Es kann also davon ausgegangen werden, dass in vielen tragenden Bereichen der Grenzverwaltung im Jahre 2015 wichtige Arbeiten vorangetrieben und Fortschritte erzielt werden.

Gesamthaft können die Entwicklungen im Bereich der Grenzverwaltung positiv bewertet werden. Viele Arbeiten laufen, der Name IBM hat sich als bekannter Begriff innerhalb der Grenzverwaltungsbehörden etabliert und das Bewusstsein für die Wichtigkeit einer koordinierten, abgestimmten und ganzheitlichen Grenzverwaltung konnte gestärkt werden. Weiterhin sind aber Anstrengungen aller Akteure auf allen Ebenen – von der operativen bis hin zur politischen – notwendig, um langfristig und nachhaltig eine verbesserte, weil integrierte Grenzverwaltung zu erreichen.